Das BfS-Stilllegungskonzept des ERAM ist untragbar

fb Am 21. Dezember 2009 ging die Auslegungs- und Einwendungsphase zum Stilllegungsverfahren des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) zu ende. Es gab Tausende Einwendungen von betroffenen Menschen aus der Region und darüber hinaus. Mehrere Aktionen von AtomkraftgegnerInnen hatten in den Wochen zuvor auf die untragbaren Zustände im ERAM hingewiesen und dazu aufgefordert, gegen das katastrophale Stilllegungskonzept des Betreibers der Anlage, des Bundesamtes für Strahlenschutz zu protestieren.

Grundsätzliche Fakten gegen das geplante Konzept zur Stilllegung des ERAM

Ein Endlager für radioaktive Abfälle muss eine Langzeitsicherheit für mindestens 1.000.000 Jahre gewährleisten. Das zumindest ist Stand der Wissenschaft in Deutschland. Eigentlich muss der zu betrachtende Zeitraum noch größer angesetzt werden, da die ionisierende Strahlung, die von den radioaktiven Abfällen ausgeht weit länger anhält. Unterlagen des BfS zufolge sinkt die Radioaktivität der eingelagerten Abfälle in diesem Zeitraum um drei Zehnerpotenzen, es bleibt jedoch selbst dann noch immer etwa 1011 Bequerel. Da jede zusätzliche Dosis an ionisierender Strahlung zur Schädigung von biologischen Zellen führen kann (aufgrund der hohen Energiezufuhr werden u.a. die Bindungen von DNA-Molekülen zerstört), erhöht diese das Risiko von zeitweiliger oder dauerhafter Gesundheitsschädigung. Das ist nicht nur grundsätzlich inakzeptabel, sondern steht auch im Widerspruch zur grundgesetzlich garantierten körperlichen Unversehrtheit bzw. in besonders schwerwiegenden Fällen zum Recht auf Leben.

Heute weiß niemand wie die Gesellschaft und Technologie in Tausenden oder Millionen Jahren aussehen werden. Darüber sind schlichtweg keine sinnvollen Prognosen möglich. Daher ist es nahezu ausgeschlossen die Sicherung der gefährlichen radioaktiven Stoffe auf die mit den gesellschaftlichen Bedingungen und technologischen Möglichkeiten der Zukunft abzustimmen. Diese Problematik trifft auch auf die Unmöglichkeit sicherer Prognosen über die Entwicklung der geologischen Formationen im Ganzen und noch viel mehr im Detail zu. Es lassen sich Tendenzen vorhersagen, eine hinreichende Sicherheit kann dagegen für Prognosen in diesem Bereich nicht gewährleistet werden.

Es ist weiterhin unmöglich ein vollständiges Wissen über die geologischen Formationen und Schichten zu erlangen. Sowohl destruktive Methoden als auch nicht-destruktive Methoden können dieses Detailwissen nicht erschöpfend beschaffen. Destruktive Methoden wie Bohrungen schaffen nur Wissen über eng begrenzte Bereiche. Alle darüber hinaus gehenden „Erkenntnisse" sind Hochrechnungen der erhaltenen Daten und anderer Kenntnisse der Gesteinsformation. Zwar ist die Treffsicherheit dieser Hochrechnungen teilweise schon recht gut, aber Gewissheit kann so nicht geschaffen werden. Einige nicht-destruktive Methoden (z.B. Einsatz von Schallwellen, seismische Messungen) können flächendeckend eingesetzt werden, aber sie bieten Informationen nur über wenige Aspekte der Gesteinsformationen – auch hier wird aufgrund von Erfahrungswerten lediglich interpoliert und dann gehofft, dass alles richtig ist. Wenn aber der zu betrachtende Zeitraum ausreichend lang ist, werden selbst geringe Wahrscheinlichkeiten bedeutend, da die Eintrittswahrscheinlichkeit steigt.

> **„Heute weiß niemand wie die Gesellschaft in Tausenden oder Millionen Jahren aussehen wird. Und für den Nachweis der Langzeitsicherheit kann kein Beweis erbracht werden.**

Nur ein geringer Teil potenzieller Wechselwirkungen zwischen radioaktiven Abfällen, dem Behältermaterial, den umgebenden Gesteinsformationen und Wasser sind heute bekannt. Ständig produziert die Wissenschaft neue Erkenntnisse über solche Reaktionen, oftmals zeigt sich bei näherer Untersuchung, dass als unmöglich betrachtete Reaktionen doch stattfinden können. Damit ist es unmöglich sicher zu stellen, dass nicht gerade aufgrund solcher Wechselwirkungen eine Gefahr für den eingelagerten Atommüll oder vielmehr Menschen und Umwelt besteht.

Kein Behältermaterial ist in der Lage Langzeitsicherheit zu gewähren. Abhängig vom Behältertyp sind Haltbarkeiten von 5 bis 70 Jahren wahrscheinlich. Selbst die Herstellerfirmen wagen es nicht deutlich höhere Haltbarkeiten zu garantieren. In Einzelfällen mag die Lebenszeit eines Behälters länger oder kürzer sein – orientiert muss sich jedoch an den schlechtesten Fällen werden, weil von diesen die ersten Gefahren ausgehen werden. Bei allen heute betrachteten Materialien sind Gefährdungen bekannt, sei es die starke Korrosion des Stahls durch Wasser und Druckeinwirkung oder des Kupferbehälters, der in Skandinavien favorisiert wird, durch im Wasser enthaltenen Sauerstoff und Druckeinwirkung. Selbst bei kurzen Betrachtungszeiträumen wie über die Lebensspanne eines Menschen kann also kein Behälter Sicherheit für den enthaltenen Atommüll gewähren.

Es ist unmöglich mit technischen Barrieren (vom BfS verfolgt: Salzbeton, andere Betreiber setzen aber auch auf Stoffe wie Bentonit) Langzeitsicherheit nachträglich zu schaffen. Wasser findet immer Wegsamkeiten, insbesondere in den Grenzschichten zwischen natürlichem Gestein und der technischen Barriere. Auch hier gilt, dass die bisher kaum bekannten möglichen Wechselwirkungen zwischen Wasser, Material der technischen Barriere und dem umgebenden Gestein große Sicherheitsrisikien birgt. Der Gebirgsdruck formt und beschädigt im Laufe der Zeit alle technischen Barrieren und hebt damit deren Sicherheitswirkung auf.

Für den Nachweis der Langzeitsicherheit über Millionen von Jahren kann kein Beweis erbracht werden. Hierfür müssten Experimente durchgeführt wer-

den, die in ähnlichen Größendimensionen erfolgen und über ähnliche Zeiträume stattfinden. Alles andere sind lediglich Interpolationen aus Werten, die von extrem kurzen Laborversuchen abgeleitet werden. Angesichts der Größenvergleiche und extremen Zeiträume, die betrachtet werden müssten, ist es naiv und inakzeptabel auf solche Hochrechnungen die Sicherheit zukünftiger Generationen aufbauen zu wollen.

Aus allen diesen Aspekten ist ableitbar, dass eine langzeitsichere Lagerung von Atommüll unmöglich ist. Das Wissen über gefährliche Reaktionen und Entwicklungen im und um das Endlager wird immer unsicher bleiben. Daher darf die Lagerung radioaktiver Stoffe auch in Morsleben nicht „zementiert" werden. Es ist unverantwortlich Fakten zu schaffen, die schwer bis gar nicht revidiert werden können, wenn neue Sicherheitsrisiken erkannt würden oder neue Technologien eine bessere Sicherung ermöglichen könnten.

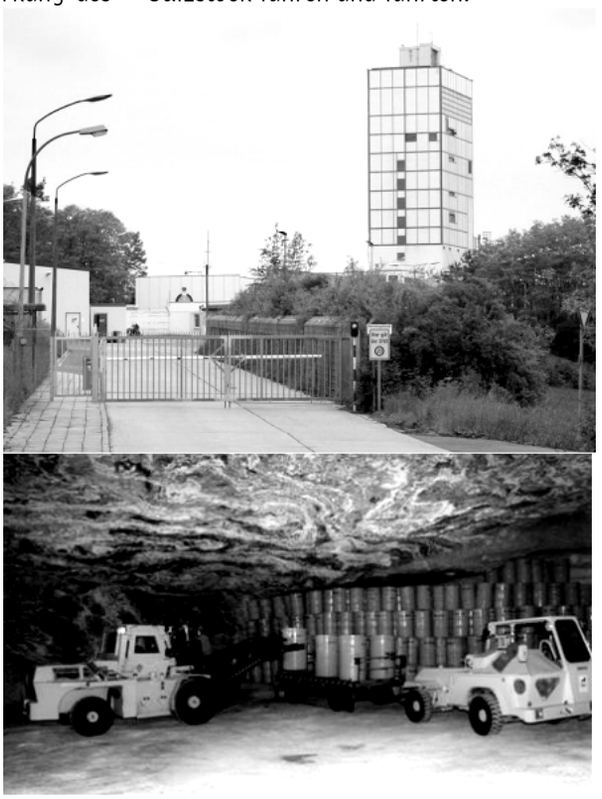
Spezielle Gründe gegen das geplante Konzept zur Stilllegung des ERAM

Bestimmte Gesteinsformationen bieten Angriffspunkte für eintretende Wässer (z.B. Kalisalz). Solche liegen in Morsleben vor und durchziehen den gesamten Salzstock. Wasser ist ein wichtiger potenzieller Transportweg für radioaktive Partikel in die Biosphäre. In Morsleben ist außerdem zumindest für eine Zutrittsstelle die Verbindung zum Deckgebirge und damit zur Biosphäre nachgewiesen, bei den anderen ist das teilweise noch nicht geklärt. Es gibt also schon heute potenzielle Wegsamkeiten zur Freisetzung radioaktiver Stoffe, das Vorhandensein von Gesteinsschichten wie dem Kalisalz erhöhen das Risiko der Herausbildung weiterer Wegsamkeiten zusätzlich.

Ein weiteres problematisches Gestein ist in dieser Hinsicht der Hauptanhydrit, der sowohl das Einsturzrisiko erhöht als auch leichter wasserdurchlässig ist. Es liegen aufgrund dieser und anderer Gegebenheiten Zonen mit erhöhter Wasserdurchlässigkeit vor. Der aufwärts gerichtete Potentialgradient ermöglicht grundsätzlich das Aufsteigen von Tiefenwasser in höhere Zonen. Auch ist der Abstand zum Salzspiegel beim ERAM zu gering. Und auch die komplexe geologische Struktur mit einem komplizierten Schollenbau im Deckgebirge, Sockelstörungen im Liegenden (deren geologische Struktur zum Teil unzureichend bekannt ist), verbieten eine Nutzung als Atommülllager.

Historische Wassereinschlüsse, wie sie im ERAM ebenfalls vorliegen, können die Gesteinsformationen beschädigen und das Risiko der Freisetzung radioaktiver Partikel durch so entstehende Wegsamkeiten erhöhen. Weitere Beschädigungen können durch Einstürze verursacht werden, die ebenfalls die Freisetzungsgefahr erhöhen. Selbst nach der geplanten Verfüllung des Endlagerbergwerkes werden mehr als 10% der heutigen Hohlräume offen bleiben und bieten damit Spielraum für Verstürze in den Gesteinsschichten.

Auch der Dammbau kann das Wasserproblem in Morsleben nicht lösen. Aufgrund der geringen Barrierewirkung des Deckgebirges herrschen hier grundsätzlich kurze Wasserlaufzeiten vor. Es gibt bereits eine Vielzahl von Lösungszutritten mit der Möglichkeit der weiteren Erhöhung der Zuflüsse. Bis zur vollständigen Schließung kann auch durch den Schacht Oberflächenwasser eintreten; nach der Schließung kann dies nur reduziert, wegen der für Wasserwegsamkeiten anfälligen Grenzschichten zwischen Gestein und Verfüllmaterial kann dieses Risiko aber nicht völlig beseitigt werden. Die Altbohrungen sind eine weitere potenzielle Wegsamkeit für Wasser und Laugen. Ein Absaufen der Anlage ist grundsätzlich jederzeit möglich und historische Erfahrungen mit Salzbergwerken haben gezeigt, dass solche Ereignisse in der Praxis auch extrem schnell und unvorhersehbar geschehen können.



das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) an der ehemaligen innerdeutschen Grenze in Sachsen-Anhalt

Ein Problem stellen auch die Radonbelastungen dar, die im Betrieb eine Gefahr für die Arbeiter darstellen. Die Abfälle, die eigentlich „in-situ" verfestigt werden sollten, sind ebenfalls ein Risiko, weil unklar ist, wie sie sich auf Dauer verhalten werden. Und hinzu kommt außerdem die Unberechenbarkeit chemischer Reaktionen durch die Mischung verschiedener Abfälle.

Selbst wenn eine reine, unberührte Gesteinsformation vorläge (was in Morsleben nicht der Fall ist), würde diese durch Erkundungsmaßnahmen wie Bohrungen, sowie durch Exploration und die Errichtung bzw. den Ausbau des Endlagerbergwerkes beschädigt werden. Diese „Wunden" können nicht vollständig wieder repariert werden. Immer bleibt wenigstens die leichter angreifbare Grenzschicht zwischen dem natürlichen unberührten Teilen und den künstlichen Verschlüssen. Oft ist eine saubere Schließung von Bohrlöchern aber ohnehin nicht möglich, so dass Schichten vermischt oder ineinander versetzt werden und somit keine sichere Barriere mehr bieten können (falls sie es zuvor überhaupt taten). Auch wenn Morsleben bereits von Anfang an diesen Anforderungen nicht entsprach, gilt jedoch auch hier, dass destruktive Erkundungsmaßnahmen zu weiteren Schädigungen und Gefahrerhöhungen im Salzstock führen und führten.

Alle Risiko-Modelle, die in Betracht gezogen werden, beruhen letztlich auf Annahmen. Es gibt nirgendwo auf der Welt Erfahrungen mit der Langzeitlagerung von Atommüll. Also selbst wenn im Rahmen der Risiko-Modelle ein Sicherheitsnachweis erbracht würde, wäre dies kein wirklicher Nachweis der Langzeitsicherheit der eingelagerten radioaktiven Abfälle.

Durch den Klimawandel und die damit verbundenen möglichen Veränderungen entstehen neue Gefahren auch für das ERAM. Die Forschung ist noch nicht

fortgeschritten genug, um umfassende Aussagen über die tatsächlichen Gefahrenfelder zu machen. Unberechenbare Aspekte sind hier klimatische Veränderungen, das Steigen des Meeresspiegels, Folgeauswirkungen auf die Bewegungen im Gebirge und Grundwasser, Gletscherbewegungen, die das Deckgebirge „abrasieren" etc. Es ist unverantwortlich Morsleben zu verschließen und den „Schlüssel wegzuwerfen" angesichts dieser noch unerforschten Risiken.

„Das BfS hat in seinem Stilllegungsplan die Rückholbarkeit und langfristige Überwachung des Einlagerungsbereichs nicht ausreichend untersucht.

Unklar ist auch, wie das Wissen über die radioaktive Gefahr, die im Untergrund von Morsleben lauert, für Tausende Generationen bewahrt werden kann. Menschliche Erfahrung mit der Überlieferung von Langzeitwissen gibt es quasi nur im Zusammenhang mit Religionen. Aber z.B. das Christentum wies innerhalb von nur 2.000 Jahren mehrfache Veränderungen in der Interpretation und Übersetzung seiner überlieferten Grundlagen auf. Es ist nicht vorstellbar, wie das Wissen über eine bestimmte Gefährdung über eine Million Jahre transportiert werden kann, da sowohl die Sprache, das Verständnis, die Denkweise und selbst die Lebewesen wechseln können und werden.

Es gibt außerdem die Beispiele menschlicher Geschichte, wo bereits über die Gefahren der Radioaktivität gewarnt wurde (z.B. in Australien in Höhlenmalereien, die die Gefahr, die vom Uran ausgeht, als giftige Schlange darstellten), doch auch hier ging entweder das Wissen verloren (so dass über die konkrete Bedeutung der Botschaften spekuliert werden muss) oder die Warnungen werden trotz ihrer Kenntnis ignoriert (siehe Australien).

Die Lügen über die Sicherheit des ERAM durch verantwortliche Personen auf Betreiberseite und in der Bundesregierung seit der Übernahme Morslebens in den Bestand der bundesdeutschen Atomanlagen haben gezeigt, dass den Verantwortlichen nicht getraut werden darf. Skandale im Zusammenhang mit Atomfirmen und Aufsichtsbehörden haben die Medien in den letzten Jahren gefüllt. Auch wenn in Morsleben bisher nicht nachgewiesen werden kann, dass selbiges vom neuen Betreiber geschieht oder sich die Genehmigungs- oder Aufsichtsbehörde so verhält, ist doch Misstrauen angebracht. Hinzu kommt, dass nun auf Bundesebene die Reaktorsicherheit von einer Person angeführt wird, die sich das Misstrauen eifrig verdient hat und verantwortlich für die Durchsetzung der Einlagerungen in Morsleben in den 90er Jahren entgegen bekannten Sicherheitsproblemen war. Das Bundesumweltministerium kann gegebenenfalls Weisungen zur Interpretation von Sicherheitsfragen und zum Vorgehen an das Landesumweltministerium erteilen und tat das in der Vergangenheit auch mehrfach.

In Morsleben zeige sich in der Vergangenheit immer wieder Fehlverhalten auf Betreiberseite: So ist aufgrund mangelhafter Erfassung eingelieferter Abfälle das Inventar bis heute nicht im Detail bekannt. Die Radioaktivität und Langlebigkeit, die von den Stoffen und ihrer Bindung abhängig sind, wurde daher nur auf Grundlage von Annahmen ermittelt. Davon ausgehend sollen nun Sicherheitsnachweise erbracht werden. Das ist unglaubwürdig. Über Jahrzehnte wurde die Bevölkerung nicht über das wirkliche Inventar und Sicherheitsprobleme informiert bzw. diesbezüglich sogar belogen. Das Wissen und die Hinweise von GutachterInnen auf problematische Aspekte wurden oft ignoriert, heruntergespielt oder nur oberflächlich bearbeitet. Es gab keine Konsultation der Bevölkerung bei der Auswahl des Standortes. Es ist auch bekannt, dass alte Bergwerke, die wie hier über einhundert Jahre schon in Betrieb sind, nicht für die Endlagerung radioaktiver Abfälle geeignet sind. Da die Bergwerksteile „Marie" und „Bartensleben" miteinander verbunden sind, müssen alle auftretenden Probleme für alle Bereich betrachtet werden. Die Ausdehnung und Lage der ursprünglichen Hohlräume des ERAM sind nicht vollständig und nicht überall im Detail bekannt. Dies ist umso problematischer als gerade im Bergwerksteil Bartensleben ein hoher Durchbauungsgrad vorliegt und insgesamt sowieso ein sehr großes Hohlraumvolumen vorliegt. Auf einer solchen Wissensbasis darf keine Gefahrgutanlage betrieben werden.

Hinzu kommt das fehlerhafte Verhalten der neuen Leitung des Betreibers bei der sogenannten „vorgezogenen Versatzmaßnahme" zur Gefahrenabwehr im Zentralteil. Hier wurden etwa 800.000 Kubikmeter Salzbeton auf den höher gelegenen Sohlen des Bergwerkes eingebracht, die nun auf den Schweben des darunter liegenden Endlagerbereiches lasten und an der festgestellten Einsturzgefahr einer Decke über einer Einlagerungskammer mit radioaktiven Abfällen mitschuldig sind. Auf dieses Risiko hatten Umweltgruppen und das Morsleben-Netzwerk bereits zu Beginn der Maßnahme hingewiesen, Betreiber und Genehmigungsbehörde behaupteten jedoch eine solche Gefahr sei ausgeschlossen. Die Forderung Einsicht in die Akten dieser Verfüllmaßnahme nehmen zu können, um die möglichen Auswirkungen von unabhängiger Seite zu betrachten, wurde damals abgelehnt.

Im ERAM lagert hochradioaktives Material, das nicht unter die Dauerbetriebsgenehmigung fällt und hier nicht bleiben darf.

Das BfS hat in seinem Stilllegungsplan die Rückholbarkeit und langfristigen Überwachung des Einlagerungsbereichs nicht ausreichend untersucht und nicht ernsthaft gegen das eigene Konzept abgewogen. Es mangelt auch an einer dauerhaften Umgebungsüberwachung auf Radioaktivität und geologische Veränderungen im Umfeld des ERAM nach Abschluss der geplanten Schließung. Das Stilllegungskonzept muss die Anpassung der Sicherheitsmaßnahmen an den jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik ermöglichen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass einzelne spezielle Kritikpunkte theoretisch vielleicht lösbar sein könnten, die Erfahrung mit der Atomwirtschaft und in den Endlagern der Welt jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass die Lösung einzelner dieser Probleme eine wesentliche Verbesserung der Sicherheit bewirken können, ist gering. Problematisch ist auch, dass eine solche weittra-

Förderkreis für das grüne blatt

Seit einigen Jahren muss das grüne blatt finanziell eigenständig getragen werden. Eine Idee dazu ist der "grünes blatt-Förderkreis". Wir suchen Menschen, die zur Unterstützung der grünen blatts einen regelmäßigen Beitrag spenden können. Wenn du dich angesprochen fühlst, melde dich bei uns:

mail@gruenes-blatt.de

gende Entscheidung von Autoritäten und im Zusammenspiel mit einem Betreiber, der in der Vergangenheit durch dreiste Lügen den Weiterbetrieb des ERAM durchsetzen wollte, getroffen werden. Eine solche Entscheidung sollte nicht von irgendwelchen abgehobenen Institutionen getroffen werden dürfen, sondern im Einvernehmen aller Betroffener. Würden die Meinungsbekundungen im Rahmen dieses „Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahrens" ernst genommen werden, dürfte der Plan des BfS nicht umgesetzt werden.

Gesellschaftlicher Blick auf Metaebene

Die Nutzung der Atomkraft ist eine Herrschaftstechnologie. Sie ist nicht denkbar ohne Herrschaftsinstrumente und -apparate. Herrschaft bedeutet, dass jemand ohne Rücksicht auf die Interessen, Bedürfnisse und Umstände Anderer (z.B. Meinung, Gesundheit, Leben, Gestaltungswille) eigene Interessen durchsetzen kann (beispielsweise mit Befehlen, Anweisungen, Auflagen, unmittelbaren Zwang), ohne die Folgen dessen (z.B. Gefahren durch Radioaktivität) selbst in Kauf nehmen zu müssen (Fehlende persönliche Betroffenheit).

> **Eine solche Entscheidung sollte nicht von irgendwelchen abgehobenen Institutionen getroffen werden dürfen, sondern im Einvernehmen aller Betroffener.**

Dafür gibt es viele Beispiele: Atommüll- und Brennstofftransporte in Deutschland werden oft gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt – Polizei, Geheimdienste und teilweise auch Militär werden dabei eingesetzt. Oft wären die Transporte ohne diese Herrschaftsinstrumente nicht durchführbar. Das Uran als Brennstoff für die Atomindustrie könnte ohne Herrschaft kaum gewonnen werden, weil in einer Gesellschaft, in der die Betroffenen frei entscheiden können, ob sie sich einer Gefahr (z.B. Uranabbau betreiben) aussetzen, ihren Lebensraum zerstören oder vergiften lassen (durch Uranminen) oder auch nur die gefährlichen Transporte durch ihre Lebensräume zulassen wollen, unwahrscheinlich ist, dass die notwendige Zustimmung erlangt würde.

Und auch in der Endlagerfrage zeigt sich weltweit, dass kein Endlager ohne Herrschaftsmittel (in der Regel durch den Staat, der den Standort gegen den Willen der Betroffenen durchsetzt) realisierbar wäre.

Eine Energieversorgung ohne Einsatz von Herrschaft macht es notwendig, dass alle Betroffenen ihr Einverständnis dafür zeigen, sie müsste also ressourcensparend (wenig Arbeitskraft fordernd, wenig Eingriffe in Lebensräume bedeutend), ungefährlich und ausreichend nützlich sein, damit sie Zustimmung erlangt. Atomtechnologie ist das Gegenteil – für die Erzeugung des Atomstroms müssen enorme Eingriffe in die Natur vorgenommen werden, es entstehen gefährliche langlebige Altlasten, jede Stufe der Verarbeitung ist gesundheitsschädlich und meist mit dem Risiko größerer Unfälle verbunden, sie ist ineffizient und nützt im Wesentlichen den Herrschenden, die Profit aus den hochsubventionierten Großkraftwerken schlagen wollen oder sich die militärische Option auf den Bombenrohstoff sichern möchten.

Atomtechnologie ist außerdem nur als zentrale Energieerzeugung in den Händen weniger kapitalstarker Konzerne (oder Regierungen) realisierbar. Die Profite gehen wieder in die Taschen dieser ohnehin mächtigen Organisationen und verstärken das Machtgefälle. Eine gleichberechtigte, fortschrittliche Gesellschaft ist mit Atomkraft nicht denkbar.

Morsleben ist ein Beispiel für diese Problematik. Auch hier wird das Interesse mächtiger Institutionen (ob es nun aufgrund der Verquickungen mit der Atomindustrie oder der zugrundeliegenden Systemlogik daran gelegen ist, einen Entsorgungsnachweis für den Atommüll zu schaffen und damit den Weiterbetrieb von Atomanlagen zu ermöglichen, oder ob es um die Machtinteressen von verantwortlichen PolitikerInnen geht, die darum bangen nicht wieder gewählt zu werden, wenn sie unpopuläre Entscheidungen treffen) gegen die Interessen derer, die darunter zu leiden haben werden (und seien es die zukünftigen Generationen, die sich hier und heute nicht wehren können), durchgesetzt werden.

Fazit

Im Detail liegen unzählige ungelöste Probleme vor, die gegen das Stilllegungskonzept des BfS sprechen. Viele davon sind prinzipiell oder praktisch unlösbar. Außerdem sprechen auch grundsätzliche Gründe gegen die Atommülllagerung in Morsleben.

Mit einer behördlich abgesegneten Stilllegung dieses nach derzeit einhelliger Auffassung von Betreiber und kritischen WissenschaftlerInnen völlig ungeeigneten Endlagers wird ein Präzendenzfall geschaffen, der ganz nach Lust und Laune später an anderen Standorten wiederholten werden kann. Denn was einmal genehmigt wurde, kann beim nächsten Mal auch wieder eingefordert werden (zumindest tendenziell).

> **Es ist nur möglich eine bessere unter lauter schlechten Varianten zu wählen. So zu tun, als könne Morsleben „sicher" stillgelegt werden, ist gefährlich und darf nicht geschehen. Es gibt kein sicheres Morsleben.**

Die Atommülllagerung in Morsleben steckt in einem Dilemma. Die radioaktiven Abfälle können dort offenkundlich nicht sicher gelagert werden; es gibt jedoch aus grundsätzlichen Gründen auch keine wirklich sichere Alternative. Jeglicher Umgang mit dem radioaktiven Material bringt Gefahren mit sich. Es ist nur möglich eine bessere unter lauter schlechten Varianten zu wählen. So zu tun, als könne Morsleben „sicher" stillgelegt werden, ist gefährlich und darf nicht geschehen. Es gibt kein sicheres Morsleben, das muss auch auf Dauer als Mahnung und Druckmittel gegen die Unverantwortlichen, die derartigen Sondermüll produzieren, bestehen bleiben. Dabei müssen alle nur möglichen Maßnahmen zur Sicherung gegen die Gefahren, die von dem radioaktiven Inventar ausgehen könnten getroffen werden. Das wird teuer, politisch unpopulär und von enormer Dauer sein müssen (einige Millionen Jahre). Hierfür könnten die Atomunternehmen und alle Interessengruppen herangezogen werden, die von der Atomtechnologie profitiert haben oder wollen. Da auch diese das nicht sehr lange leisten könnten, müsste jedenfalls die Produktion weiterer Problemstoffe sofort beendet werden, also alle Atomanlagen sofort abgeschaltet werden.

Infos zum ERAM und Sicherheitsproblemen gibt es u.a. hier:

- http://morsleben-stillegung.de
- http://greenkids.de/morsleben
- http://morsleben-kampagne.de
- http://www.steine-fuer-morsleben.kulturserver-san.de/